

da polnische, kaum tschechische, auch nicht zur Tschechoslowakei, russische fehlen völlig. Daraus wird deutlich, daß in Osteuropa das ganze Thema noch weitgehend tabu ist oder daß die wenigen vorhandenen Titel der Rechtfertigung von Vertreibung und Verschleppung dienen sollen. Hier kann man nur hoffen, daß die „weißen Flecken“ allmählich verschwinden.

Deutlich wird auch, wie klein trotz des großen Umfangs der Bibliographie die Zahl der deutschen aktiven Forscher war und ist. Es sind nur rund 40 Forscher – Juristen, Historiker, Soziologen –, die mit mehr als 10 Titeln vertreten sind. Zu dieser Gruppe gehören auch zahlreiche Mitglieder des J.G. Herder-Forschungsrates wie Josef Hanika, Walter Kuhn, Eugen Lemberg, Erhard Riemann, Gotthold Rhode, Wilfried Schlaue, Herbert Schlenger, so daß die Bibliographie auch zu einem Teil das Wirken des Herder-Forschungsrates dokumentiert. Da viele von ihnen nicht mehr leben, andere die Siebzig überschritten haben, beleuchtet die Bibliographie auch ein Nachwuchsproblem. Es ist zu hoffen, daß eine solche Bibliographie junge Politologen, Psychologen, Sozialwissenschaftler – die bislang meist fehlen – zu eigener Arbeit anreizt. Dann hätte das Werk, das künftig jedem Forscher unentbehrlich sein wird, einen weiteren Zweck erfüllt. Jetzt aber gehört es als unentbehrliches Hilfsmittel in den Handapparat jeder wissenschaftlichen Bibliothek und es sollte auch in den Redaktionsräumen der großen Tages- und Wochenzeitungen eifrig benutzt werden.

Mainz

Gotthold Rhode †

Judy Batt: Economic reform and political change in Eastern Europe. A comparison of the Czechoslovak and Hungarian experiences. Macmillan Press. Basingstoke 1988. 353 S.

Das Jahr 1968 setzte einen entscheidenden Meilenstein auf dem Wege marktorientierter Wirtschaftsreformen und deren politischer Implikationen in Ostmitteleuropa. In der Tschechoslowakei transzidierten damals die ersten Schritte eines neuen Systems in der Wirtschaft zu demokratisch-pluralistischen Ansätzen in der Politik. Der in den Gesellschaften sowjetischen Typs bislang weitreichendste Reformvorstoß endete bekanntlich mit einer gewaltsamen Intervention von außen. Im gleichen Jahr hatte die ungarische Parteiführung eine im wesentlichen analoge Wirtschaftsreform in die Wege geleitet, ohne jedoch das Machtmonopol der KP in Frage zu stellen; der neue Kurs Ungarns ist von den sowjetischen Machthabern unter Breznev toleriert worden. Welches Fazit ist in komparativer Sicht aus den Ereignissen in beiden Ländern zu ziehen, wie lassen sich die Reformverfahren im Wechselspiel von Ökonomie und Politik verallgemeinern? Dieser Fragestellung ist die englische Sozialwissenschaftlerin Judy Batt in ihrem Buch nachgegangen.

Die Autorin legt der Arbeit ein theoretisches Konzept zugrunde, auf dessen Grundlage sie in Teil I ihre Ausgangshypothesen logisch-argumentativ begründet. In einer ausführlichen empirischen Vergleichsanalyse zu den Reformentwicklungen in der ČSSR (1963–1968) und in Ungarn (1968–1978) wird in Teil II die eingangs formulierte theoretische Position überprüft.

Einführend umreißt B. den Begriff „Sozialismus“, wie er im Buch verwendet wird. Darunter ist „ein System zu verstehen, in dem das gesellschaftliche Interesse“ (social interest) als dominierendes Ziel verfolgt wird. Dabei wird vorausgesetzt, daß ein derartiges „gesellschaftliches Interesse“ besteht („exists“) und daß es mittels einer spezifischen Organisationsform durchzusetzen sei, die durch Volkswirtschaftsplanung und Gemeineigentum an Produktionsmitteln gekennzeichnet ist. In diesem (marxistisch-)sozialistischen Konzept seien sowohl aufklärerische als auch egalitäre Elemente wiederzufinden. Einem derartigen Sozialismusbild ist die Vorstellung eigen, daß jenes

„gesellschaftliche Interesse“ individuellen sowie gruppenbezogenen Interessen übergeordnet ist (vgl. S. 164). Zumindest am Rande wäre zu erwähnen gewesen, daß es neben dieser Interpretation auch andere, nichtkollektivistische Sozialismusdeutungen gibt, die heute in Ost und West an Boden gewinnen.

Das Hauptanliegen der Vf.in besteht darin, die Konsequenzen zu untersuchen, die eine marktorientierte Reform im politischen Bereich bewirkt. Inwieweit – so wird gefragt – sind freiheitlich-demokratische Strukturen im Zuge des Reformprozesses erreichbar? Unter diesem Gesichtspunkt werden im theoretischen Teil Konzeptionen bzw. Modelle des Marktliberalismus (Hayek, von Mises) und des Marktsozialismus (Lange, das Markt-Selbstverwaltungsmodell à la Jugoslawien, Brus) analysiert. In den Augen von B. erfüllt weder das Hayek-Misesische noch das jugoslawische Konzept die Anforderungen, welche die Durchsetzung des „gesellschaftlichen Interesses“ – im Klartext eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kollektivgütern – erfordert. „Sozialistisch“ orientierte Marktreformen ermöglichen bestenfalls eine „Pluralisierung“ (die das Machtmonopol der Partei abschwächt), jedoch keine „Demokratisierung“ (denn Demokratie bedeute die Schaffung institutioneller Garantien zwecks Durchsetzung demokratischer Grundprinzipien, und dies würde die Monopolherrschaft der KP in Frage stellen).

In der komparativen Analyse (Teil II) geht B. ausführlich auf die Geschichte der Wirtschaftsreformen in der CSSR und in Ungarn ein. Die ersten Diskussionen und die sie begleitenden Konflikte in den fünfziger und sechziger Jahren, die jeweiligen Beschlüsse und die im einzelnen getroffenen Maßnahmen, die politischen Barrieren und deren Implikationen für den Reformprozeß werden minutiös und kenntnisreich nachvollzogen. In ihren Deutungen und Bewertungen folgt die Autorin dem im theoretischen Teil entwickelten Konzept. Dabei ergibt sich ein länderspezifisch unterschiedliches Bild, das etwa folgendermaßen gekennzeichnet werden kann.

Die Bemühungen um eine von kompetenten Ökonomen vorangetriebene Wirtschaftsreform in der Tschechoslowakei, die trotz der offiziell verabschiedeten Beschlüsse (1965, 1966) von der schwachen, im wesentlichen konservativen Parteiführung unter Novotný torpediert wurden, mündeten 1967/68 in eine politische Krise. Entgegen der These, welche die krisenhafte Entwicklung auf ökonomische Schwierigkeiten zurückführt, sieht die Vf.in die Hauptursache dieser Krise im niedrigen Niveau der politischen Eliten sowie dem Aufbegehren verschiedener Teile der Bevölkerung wie insbesondere der Slowaken, der Intellektuellen u. a. m. Eben dadurch unterschied sich die Parteispitze Ungarns unter Kádár, welche die ökonomische Reform selbst initiierte und kontrollierte. Das Budapester Regime erfuhr eine gewisse Legitimität, indem es ökonomische und soziale Belange der Bevölkerung ins Zentrum aller Bestrebungen stellte. Das Festhalten an dem marktorientierten Kurs – ungeachtet einiger Rückschläge in den siebziger Jahren – mußte allerdings dadurch erkaufte werden, daß Kádár die Essentials des politischen Herrschaftssystems respektierte.

Das Fazit der Vergleichsanalyse bestätigt die Ausgangshypothese, die nun wie folgt erweitert werden kann: Für die Transformation in eine sozialistische Marktwirtschaft ist eine umfassende Demokratisierung des politischen Systems – so die Autorin – keine *conditio sine qua non*. Dennoch seien tiefgreifende Veränderungen in den Umgangsformen sowie in den Instrumenten der kommunistischen Machtausübung unabdingbar.

Am theoretischen sowie empirischen Teil der Arbeit besticht vor allem die Gründlichkeit, mit der B. die Wechselwirkungen von Ökonomie und Politik im Zuge des Reformprozesses analysiert. Die zuvor formulierte zentrale Aussage ist u. E. durchaus zutreffend. Der Rezensent hat jedoch einige Einwände gegen nicht unwichtige Teilaussagen anzumelden, die abschließend vermerkt werden sollen.

Genauer zu klären wäre die Frage, ob eine marktwirtschaftlich konzipierte Reform,

die den sozialistischen Grundwerten der Freiheit und Gleichheit folgen will, ohne die Errichtung der wesentlichen demokratischen Institutionen nur in Gang gesetzt oder auch erfolgreich zu Ende geführt werden kann. Im Falle der bloßen Inangasetzung der Wirtschaftsreform wäre u.E. eine „Pluralisierung“ (im Verständnis von B.) ausreichend. Eine konsequente Weiterführung des Reformprojektes, das sich auf den Lebensstandard der Menschen positiv auswirken sollte, bedarf jedoch einer auf institutionellen Garantien basierenden Demokratisierung. Dies war die Überzeugung der Prager Reformen der sechziger Jahre, die logisch begründet worden war, und die durch die jüngsten Entwicklungen in Ungarn (und in Polen) nur allzu deutlich bestätigt wurde. In einem gewissen Zusammenhang mit der implizit durchsickernden These der Autorin, der ökonomische Reformkurs könne auch längerfristig ohne weitreichende politische Reformen erfolgreich vorangebracht werden, steht auch die sinngemäße Aussage von B., die unter Novotný ausgebrochene politische Krise hätte nach der Ablösung des Parteichefs durch Dubček (Januar 1968) auch in den folgenden Monaten – wenngleich in anderen Formen – fortbestanden. Im Buch wird schließlich in Bezug auf den Prager Frühling die Auffassung vertreten, die Parteiführung sei nicht an der Spitze der Reformbewegung gestanden, habe sie sozusagen nicht im Griff gehabt. Die Überbewertung der sicherlich zu dieser Zeit bestehenden Konflikte und Spannungen innerhalb der KPTsch sowie der tschechoslowakischen Gesellschaft schlechthin verschleiert die eindeutig dominierende freiheitlich-demokratische Stoßrichtung, die in einmaliger Weise von einer kommunistischen Führung gemeinsam mit der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung anvisiert wurde (schade, daß die Vf.in neben den zahlreichen Quellen nicht auch auf die für den später als „illegal“ erklärten 14. Parteitag vorbereiteten programmatischen Materialien zurückgreift). Nur allzu verständlich ist, daß B. mit Gordon Skilling polemisiert, der in seiner tschechoslowakischen Zeitgeschichte (*Czechoslovakia's Interrupted Revolution*, Princeton, N.J. 1976) den Prager Frühling als „interrupted Revolution“ apostrophiert. Und es fügt sich in das von der Vf.in entworfene Bild über die ČSSR des Jahres 1968, daß angesichts der behaupteten „inneren Krise“ der gewaltsame Eingriff von außen gänzlich unterbelichtet bleibt.

Frankfurt a.M.

Jiří Kosta

Karl-Otto Konow: Geschichte des Dorfes Lübz in Pommern. (Schriften der J. G. Herder-Bibliothek Siegerland e. V., Bd. 18.) Selbstverlag der J. G. Herder-Bibliothek Siegerland e. V. Siegen 1987. 214 S., 10 Abb.

In Orts- und Dorfgeschichten drückt sich das Leben derjenigen Bevölkerungskreise aus, die bis weit ins 19. Jh. die Mehrheit des Volkes ausgemacht haben. Dorfgemeinden haben spät und spärlich eigenes Verwaltungsschriftgut hervorgebracht, sie spiegeln sich vielmehr im Schriftgut anderer Einrichtungen, in landesherrlichem, in grundherrlichem, in kirchlichem Schriftgut (z.B. in den Kirchenbüchern), in privaten Aufzeichnungen etwa der Pfarrer usw. Es wird unter anderem mit der Quellenlage zu tun haben, wenn die Geschichtswissenschaft, auch die moderne, an „Unterschichten“ so interessierte Sozialgeschichte sich mit Vorliebe der Geschichte der Städte und der städtischen Unterschichten zuwendet. Mit besonderen Schwierigkeiten hatten und haben infolge von Quellenvernichtung und Einschränkung oder Versagung von Benutzungsmöglichkeiten diejenigen zu kämpfen, die über einen der in den – ja überwiegend ländlich geprägten – ostdeutschen Vertreibungsgebieten liegenden Orte oder Kreise ein mit einem geschichtlich-darstellenden Teil versehenes Heimatbuch verfassen wollten. Was man dennoch zu leisten vermochte – wenn auch in unterschiedlicher Güte –, davon zeugen die vielen vorliegenden ostdeutschen Heimatbücher, die als Bausteine einer deutschen Sozialgeschichte von der zünftigen Forschung erst zu entdecken wären.